

Rüstungsgeschäfte laufen trotz Wirtschaftskrise prächtig

Deutsche Rüstungsfirmen machen Rekordgewinne/Von Jürgen Grässlin

Wirtschaftskrise? Firmenzusammenbrüche? Massenentlassungen? Nichts von alledem kennzeichnet die wirtschaftliche Lage führender deutscher Rüstungskonzerne. In Zeiten allgemeiner Rezession laufen die Waffengeschäfte dank einer großzügigen Exportförderungs politik der Bundesregierung und personell chronisch unterbesetzter Rüstungskontrollbehörden wie geschmiert. In der Folge hat sich Deutschland, nach den USA und Russland, endgültig auf Platz 3 der Weltwaffenexporteure etabliert. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri dokumentierte, stiegen die deutschen Rüstungsausfuhren in den letzten fünf Jahren um rund 70 %, der Weltmarktanteil am Waffenhandel konnte von sieben auf 10 % ausgebaut werden.

Bei der European Aeronautics Defence and Space Company (EADS) hat sich Aufbruchsstimmung breit gemacht. Größte Anteilseigner sind der deutsche Automobil- und Rüstungsriese Daimler und Sogea (Lagardère und die französische Staatsholding Sogepa) mit je 22,5 %. Die spanische Staatsholding SEPI hält 5,49 % des Kapitals. Bei ihren Kriegseinsätzen kämpfen die deutschen, französischen und spanischen Streitkräfte dementsprechend mit Waffen der EADS.

Die Zielvorgabe der EADS-Führung ist klar: „Insbesondere im Verteidigungsgeschäft“ sollen die Verkäufe erhöht werden. EADS-Chairman Rüdiger Grube, mittlerweile Vorsitzender der Deutschen Bahn AG, jubelte über die „sehr positiven“ Ergebnisse des Geschäftsjahres 2008. „Selbst in Krisenzeiten besteht in unserer sich wandelnden Welt steter Bedarf an Flugzeugen, Verteidigungs- und Sicherheitssystemen“, heißt es im aktuellen Geschäftsbericht.

Die lange Liste von Erfolgsmeldungen basiert auf den Konzernbilanzen der EADS-Unternehmensbereiche: Airbus Military konnte den Umsatz 2008 auf 2,8 Milliarden Euro steigern und legte allein im letzten Geschäftsjahr beim Auftragseingang um 548 % (!) zu. Die EADS unterzeichnete 2008 einen Vertrag über die Bereitstellung einer Tankerflotte für die britische Luftwaffe, ab 2011 sollen 14 weitere Tankflugzeuge in Dienst gestellt werden. Weitere Empfän-

gerländer der A330 MRTT sind Australien und Saudi-Arabien. Der Gesamtauftragsbestand der Airbus-Tankflugzeuge umfasst mittlerweile ein Volumen von 23 Milliarden Euro.

Die EADS-Tochter Eurocopter, weltweit führender Hubschrauberhersteller, erzielte einen Umsatz zu 55 % durch den Verkauf von Militärhelikoptern. Gegenüber dem Vorjahr konnte Eurocopter 2008 den Umsatz um 8 % auf 4,4 Milliarden Euro, den Profit, bei international tätigen Konzernen als EBIT (Gewinn vor Zinsen und Steuern) ausgewiesen, um 39 % auf 293 Millionen Euro steigern.

Die EADS-Sparte Astrium, europäischer Spitzenreiter bei Raumfahrtprogrammen, erreichte einen Umsatzanteil von 35 % durch militärische Produkte. Dabei konnte der Umsatz im Jahr 2008 um 21 % auf 4,3 Milliarden Euro, der EBIT um 34 % auf 174 Millionen Euro hochgeschraubt werden. Die neue Generation ballistischer Raketen vom Typ M51 befindet sich in der Endphase der Entwicklung für die französische U-Boot-Flotte. Damit ist die EADS das einzige europäische Unternehmen, das Trägersysteme für atomare Gefechtsköpfe fertigt. Der Geschäftsbereich Verteidigung und Sicherheit hat „starke Ergebnisse erzielt“, was auch mit dem „Wachstum im Exportgeschäft“ begründet wird. Zu 97 % militärisch, stieg der Umsatz um 5 % auf 5,4 Milliarden Euro, der EBIT um 18 % auf 345 Millionen Euro.

Die Kriegsprofiten der EADS werden in den kommenden Jahren exorbitant steigen, sobald der neue Militärtransporter A400M in Serie gehen wird. Mit vielen Verzögerungen verließ der erste der A400M im Sommer 2008 die Endmontage. Mit dem A400M lassen sich Soldaten und Kriegsgerät noch schneller und in größerer Zahl in Kriegsgebiete verlegen. Schon heute liegt die immens hohe Zahl von 192 Bestellungen des Transportfliegers von europäischen „Startkunden“, Südafrika und Malaysia vor.

Was die Stuttgarter Daimler AG in der Fertigung von Großwaffensystemen ist, das ist H&K bei den so genannten „Kleinwaffen“, nämlich Marktführer in Deutschland. Der Jahresumsatz des mittelständischen Unternehmens ist im Geschäftsjahr 2008 auf die Rekordsumme

von 185,7 Millionen Euro angewachsen, um 25 % in einem Jahr. Durch Waffenverkäufe konnte der Nettogewinn auf 12,8 Millionen Euro gesteigert werden, was mehr als einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Mehr und mehr entpuppt sich das Sturmgewehr G36, Standardwaffe der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr, als weltweiter Verkaufsschlager. Vor zehn Jahren bereits wurde eine erste Lizenz an Spanien vergeben, inzwischen eine zweite an Mexiko und eine dritte in den Mittleren Osten – was noch einiges Aufsehen erregen wird. Längst schießen Bundespolizeien, Präsidentenwachen und militärische Spezialeinheiten in mehr als 35 Staaten mit den unterschiedlichen G36-Typen. Der illegale G36-Export in das Kriegsland Georgien ist offiziell noch immer nicht geklärt.

Nur wenige Länder stehen auf der bundesdeutschen Embargoliste. Angesichts der Wirtschaftskrise setzt die Bundesregierung auf Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, die Menschenrechtssituation im Empfängerland spielt de facto keine Rolle.

Allein die Zahl der durch H&K-Waffen Getöteten beläuft sich seit der Firmengründung 1949 auf rund zwei Millionen Menschen, berechnet auf einem erhöhten Weltmarktanteil von 12 %. Damit ist Heckler & Koch Deutschlands „tödlichstes“ Unternehmen. Opferzahlen wie diese sind in den Firmenzentralen offenbar kein Thema, stattdessen können die Sektkorken knallen: Der allgemeinen Krise zum Trotz wurden die Produktionskapazitäten ausgebaut, die Beschäftigungszahlen erhöht und die Rüstungsgewinne gesteigert.

Wo aber bleibt der Aufschrei einer Gesellschaft, die sich ethischen, moralischen und christlichen Werten verpflichtet fühlt? Wie geht es weiter nach der Bundestagswahl, in deren Verlauf die Diskussion um Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete und damit die Beihilfe zum Völkermord nicht stattgefunden hat? Ansatzpunkte gibt es genug: Vom Mitmachen bei den Kampagnen www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de und „60 Jahre Heckler & Koch: Kein Grund zum Feiern!“ bis hin zur aktiven Unterstützung politischer Aktionen, wie der aktuellen „Birkacher Erklärung: Waf-

fenexporte ächten!“ der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (*siehe www.rib-ev.de*).

Neben den verantwortlichen Politikern und Rüstungsmanagern sind auch die Geldgeber zu ächten: Maßgeblich mitverantwortlich ist die Deutsche Bank.

Als Hausbank von H&K und langjähriger Anteilseigner der Daimler AG kontrolliert sie scharf – nicht die Menschenrechtslage der Waffenempfängerländer der von ihr finanzierten Unternehmen, sondern ihre eigenen kritischen Aktionäre. Auch oder gerade in der Krise gilt

ein altbekannter Slogan mehr denn je: Deutsche Waffen, deutsches Geld mor-den mit in aller Welt.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK.

Kriminalisierung von Nato-GegnerInnen in Meck-Pomm

Zum Nato-Gipfel im April fanden, wie auf den Seiten der **ZivilCourage** wiederholt thematisiert und diskutiert, im französischen Strasbourg Proteste der internationalen Friedensbewegung statt. In Mecklenburg-Vorpommern hat die Staatsanwaltschaft Rostock in diesem Zusammenhang ein eigenes Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es kam zu mehreren Vorladungen. Aussageverweigerungen nach § 55 Strafprozessordnung wurden nicht anerkannt. Ordnungsgelder und Kostentragungen wurden verhängt, eine Hausdurchsuchung durchgeführt, ein Computer beschlagnahmt sowie mit Beugehaft und einem Verfahren wegen Strafvereitelung gedroht. Alles wegen einer Busfahrt von FriedensaktivistInnen zur internationalen Großdemonstration am 4. April.

Das Rostocker Friedensbündnis und der mecklenburg-vorpommersche DFG-VK-Landesverband hatten mit Hilfe von vielen kleinen und größeren Spenden aus der Bevölkerung und von Mitgliedern des Land- und des Bundestages einen Bus der Friedensbewegung Mecklenburg-Vorpommern für die Fahrt aller Interessierten zu annehmbaren Preisen organisiert. Der Zweck und die Abfahrtszeiten der Busfahrt wurden öffentlich beworben und stießen erfreulicherweise auf großes Interesse. So konnte am 3. April ein voll besetzter Bus mit bunt gemischter Beteiligung Richtung Strasbourg aufbrechen.

Allerdings kam der Bus nach Umleitung und Polizeikontrollen nur bis Kehl. Einige Demonstranten konnten noch nach Strasbourg gelangen, der Rest blieb an den Polizeisperren vor der Europabrücke auf deutscher Seite zurück. Zwei der Teilnehmer der Busfahrt wurden in Strasbourg unter den Organisatoren der Busfahrt nicht bekannten Umständen festgenommen und sitzen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt in französischer Untersuchungshaft. Der Bus musste am Abend des 4. April ohne sie zurückfahren.

Im Juli kam es in diesem Zusammenhang zu staatlicher Repression gegen vier Teilnehmer der Busfahrt. Die Mieterin des Busses, Mitglied des Rostocker Friedensbündnisses und der DFG-VK-Regionalgruppe Mittleres Mecklenburg, nahm in Absprache mit und in Anwesenheit eines Rechtsbeistandes den Termin einer Zeugenvorladung beim Landeskriminalamt wahr. Als Grund wurde ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Rostock in einem „Besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs i.V.m. Schwere Brandstiftung (§§ 125a, 306a StGB) in Straßburg (Frankreich)“ – so die Vorladung – angegeben.

Als Zeugin der Ereignisse in Strasbourg war sie aber gar nicht gefragt. Sie hätte auch nichts sagen können, weil auch sie am 4. April in Kehl zurückgeblieben war. In Wirklichkeit ging es haarklein um den Verlauf der Busfahrt (Stationen, Polizeikontrollen, Gespräche, Stimmungen) und die Namen der Teilnehmer. Namen nannte die „Zeugin“ nicht. Die Vernehmenden drohten der Frau mit einer Vorladung durch die Staatsanwaltschaft und mit einem Verfahren wegen Strafvereitelung.

Eine Vernehmung beim Staatsanwalt erfolgte zwei Wochen später. Gegenstand dieses Termins war für die Mieterin des Busses nun ausschließlich die Aufforderung zur Herausgabe einer Liste sämtlicher Teilnehmer der Busfahrt. Auf die erneute Weigerung, eine solche Liste herauszugeben, wurde an Ort und Stelle ein Hausdurchsuchungsbefehl erwirkt, ein Ordnungsgeld von 500 Euro sowie die Übernahme der durch die Aussageverweigerung entstehenden Kosten verhängt, eine Durchsuchung der Person durchgeführt und ein Verfahren wegen Strafvereitelung angedroht. Die Vorgeladene wurde unmittelbar aus der Vernehmung heraus zu ihrer Wohnung gefahren. Dort wurden Fotos des Mietshauses und der Räume der Wohnung angefertigt sowie die Wohnung durchsucht.

Der Betroffenen und ihrem Rechtsbeistand wurde während der circa ein-

stündigen Durchsuchung durch fünf Polizeibeamte jede Möglichkeit verweigert, ihre Wohnung zu betreten. Nachdem die Durchsuchung in Hinblick auf die Liste erfolglos blieb, wurde der Zeugin Beugehaft angedroht. Zudem wurde ihr Computer beschlagnahmt. Auch zwei andere Teilnehmer der Busfahrt waren zur Staatsanwaltschaft vorgeladen worden. Namen nannten aber auch diese nicht. Daraufhin wurde eine weitere Ordnungsgeldforderung erhoben. Eine Woche später wurde der PC zurückgegeben. Von den Rechtsbeiständen wurden gegen sämtliche ergriffenen Maßnahmen Rechtsmittel eingelegt. Die Mieterin des Busses hat bereits Informationen über die Abweisung ihrer Einsprüche.

Fazit: Zu einer legitimen Demonstration gegen die Nato zu fahren wird als kriminell hingestellt. Die Drohkulisse ist aufgebaut, die Vorteile des Zeugenstatus für die staatlichen Stellen (u.a. minimales Zeugnisverweigerungsrecht) sind genutzt, die weitere Entwicklung ist offen. Aber auch: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Hier soll ein Schlag gegen Nato-Kritik und friedenspolitisches Engagement in der Region geführt werden. Das haben viele verstanden. Wir merken es an der Solidarität, die von überall im Land kommt. Anrufe und eMails bestärken die Betroffenen in ihrer Haltung. Sammlungen für die Anwaltskosten finden statt, bedeutende Beträge werden der Mieterin des Busses stillschweigend in die Hand gedrückt. Die Erklärung des Rostocker Friedensbündnisses findet sich auf Webseiten und Mailinglisten wieder. „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ haben überregional berichtet. Aktuelle Informationen finden sich im Internet unter www.rostocker-friedensbueundnis.de

Spendenaufruf: Rostocker Friedensbündnis, Konto 1220133147, BLZ 13050000 (Ostsee-Sparkasse Rostock), Verwendungszweck: Anwalt

